

Von: Thomas Giegerich [REDACTED]  
Gesendet: Freitag, 13. Oktober 2023 12:10  
An: Poststelle\_Buero\_OB [REDACTED]  
Cc: [REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]

Betreff: Dringlichkeitsantrag für das Plenum am 23. Oktober / Berichtsantrag zum 3. Oktober 2023 in Aschaffenburg

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Herren Fraktionsvorsitzende,

auch im Namen der Stadträte Johannes Büttner, Dr. Robert Löwer, Thomas Mütze, Dr. Nicole Holzheu und Jürgen Zahn, stelle ich hiermit für das Plenum am 23. Oktober folgenden Berichtsantrag, der dahingehend als dringlich anzusehen ist, da für den 29. Oktober bereits die nächste Demonstration angekündigt ist.

Berichtsantrag zur Demo vom 3. Oktober für das Plenum am 23. Oktober

Die anfänglich von sogenannten „Querdenkern“ und regionalen Rechtspopulisten organisierten Demonstrationen in Aschaffenburg sind inzwischen zu Aufmärschen unter der Kontrolle rechtsextremer und neonazistischer Organisationen und deren maßgeblichen Funktionäre geraten, Sie richten sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Von daher beantragen wir diesbezüglich für das Plenum am 23. Oktober einen Bericht der Verwaltung, u. a. mit der Aufforderung folgende Fragen zu beantworten. Wünschenswert wäre, wenn ein Vertreter der Aschaffener Polizeiführung in der Sitzung dabei wäre und ebenso Fragen beantworten kann.

1. Welche rechtlichen Möglichkeiten gibt es, verschärfte Auflagen bei diesen rechtsextremen Demonstrationen zu erlassen – insbesondere was Dauer, Streckenführung bzw Nutzung beider Fahrspuren angeht?

Begründung:

Führende frühere und aktuell tätige Repräsentanten rechtsextremer, bzw. neonazistischer – zum Teil verbotener – Parteien und Organisationen rufen inzwischen bundesweit zur Teilnahme an den Demonstrationen in Aschaffenburg auf. Gesetzliche Vorschriften und Auflagen werden dabei von – zum Teil in uniformähnlichen Braunhemden auftretenden– Demonstranten missachtet. Ohne erkennbare Folgen für die Täter wird der Hitlergruß gezeigt. Der Eindruck entsteht, dass mit diesen Provokationen nicht nur die Belastungsgrenze der Aschaffener Bürger, sondern auch des demokratischen Rechtsstaats ausgetestet werden soll. Diese Herausforderung bedarf einer klaren und eindeutigen Antwort.

Vielen Bürgern stößt auch der Lärm der Demo auf sowie die Sperrung beider Fahrspuren (mit entsprechender Be- bzw. Verhinderung des ÖPNV zu Lasten unserer Bürger) und durch die Streckenführung quasi die Lahmlegung der Innenstadt auf.

2. Wie kann aus Sicht der Verwaltung verhindert werden, dass Aschaffenburg auf Dauer Aufmarschplatz von rechtsextremen Parteien/Vereinen wird?

Begründung:

Nach vorliegenden Informationen planen die Veranstalter zeitnah weitere Demonstrationen in Aschaffenburg u.a. am 29.10.23. Offenbar soll die Stadt dauerhaft zu einem bevorzugten

Aufmarschplatz der extremen Rechten gemacht werden. Der demokratische Ruf Aschaffenburgs und das Ansehen der Stadt sind gefährdet.

3. Welche Auflagen hat das Ordnungsamt dem Veranstalter vom 3.Oktober gemacht?

4. Welche Verstöße gegen diese Auflagen sowie gegen geltende Gesetze haben Ordnungsamt und Polizei festgestellt wie z.B.:

a. Verstöße gegen die Auflagen des Ordnungsamtes b. Zeigen verbotener Symbole (Verstoß gegen § 86a Absatz 1 und 2 StGB (Verbotene Symbole und Parolen in Deutschland) c. Ausführung des Hitlergrußes, uniformähnliche Begleitung d. Mitführen von Hunden, usw.

5. Welche Maßnahmen wurden vom Ordnungsamt bzw. der Polizei ergriffen, diese Verstöße zu unterbinden bzw. zu ahnden?

6. Sind die Maßnahmen zum Schutz des Demonstrationsrechts und Vorkehrungen zur Vermeidung von Zusammenstößen ausgewogen unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung von Demonstranten und Gegendemonstranten? Das gilt insbesondere für die Einkesselung (vor allem junger) DemonstrantInnen in der Herstattstraße.

mfg

Thomas Giegerich

Thomas Giegerich  
Fraktionsvorsitzender  
Stadtratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen [REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]  
[REDACTED]